

Landkreis Vorpommern-Rügen

4. Wahlperiode

Antrag

Einreicher:
Kreistagsfraktionen CDU+, BfS/FDP/VR+

Vorlagen Nr.:
A/4/0119

Status: öffentlich

Gremium	Zuständigkeit	Sitzungstermin
Kreistag Vorpommern-Rügen	Entscheidung	23.03.2026

Antrag der Kreistagsfraktionen CDU+, BfS/FDP/VR+: „Bewährte Förderschulen erhalten - ideologische Bildungsexperimente beenden,,

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag Vorpommern-Rügen möge beschließen:

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beauftragt den Landrat, sich gegenüber der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern dafür einzusetzen,

- den dauerhaften Erhalt der Förderschulen mit dem Förderschwerpunkt „Lernen“ im Landkreis Vorpommern-Rügen sicherzustellen, einschließlich der Wiederbelebung eines entsprechenden Schulstandortes auf der Insel Rügen.
- eine frühzeitige sonderpädagogische Förderung ab der Vorschulklasse (Klasse 0) sowie spätestens ab Klassenstufe 1 verbindlich zu gewährleisten,
- die Wiedereinführung des freiwilligen 10. Schuljahres an Förderschulen zu ermöglichen,

Der Landrat wird weiterhin beauftragt, sich mit einem offiziellen Schreiben sowie durch die aktive Einwerbung eines persönlichen Gesprächs mit der Bildungsministerin für den Standpunkt des Kreistags einzusetzen. Dieses Gespräch soll gemeinsam mit dem Präsidenten des Kreistages geführt werden. Ziel ist es, die bildungspolitische Lage im Landkreis persönlich darzulegen und für eine dauerhafte Lösung im Sinne der Schülerinnen und Schüler zu werben.

Der Landkreistag Mecklenburg-Vorpommern soll als Interessenvertretung der Kommunen in diesen Prozess aktiv einbezogen werden.

Der Landrat berichtet dem Kreistag über den Stand der Gespräche in der nächsten Kreistagssitzung.

Begründung:

Die Förderschulen mit dem Schwerpunkt „Lernen“ sind ein tragender Bestandteil einer funktionierenden, differenzierten Bildungslandschaft - insbesondere in einem Flächenlandkreis wie Vorpommern-Rügen. Sie bieten Kindern mit besonderem Unterstützungsbedarf einen geschützten Lernort mit kleinen Lerngruppen, spezialisierten Fachkräften und individueller Förderung. Die geplante vollständige Verlagerung dieser Schülergruppen an Regelschulen überfordert zunehmend das bestehende System - und gefährdet sowohl den Lernerfolg der betroffenen Kinder als auch das Bildungsniveau ganzer Klassenverbände.

Die Insel Rügen wurde vom Land Mecklenburg-Vorpommern zur Modellregion für inklusive Beschulung erklärt. Die Förderschule Lernen wurde dort als erste vollständig geschlossen. Die anfänglich positiven Ergebnisse des „Rügener Inklusionsmodells“ beruhten jedoch auf Ausnahmebedingungen: zusätzliche Lehrkräfte, intensive Begleitung durch die Universität Rostock, kleinere Klassen und finanzielle Sonderausstattungen. Diese idealen Voraussetzungen existieren an den meisten Grund- und Regionalschulen im Landkreis heute nicht.

Was im Modellprojekt unter wissenschaftlicher Begleitung gelang, scheitert in der Fläche an der Realität:

- Es fehlt an sonderpädagogisch ausgebildetem Personal - viele Schulen müssen Kinder mit Förderbedarf ohne qualifizierte Unterstützung integrieren.
- Es fehlen Räume für Kleingruppenförderung, Differenzierung oder Rückzugsangebote - an vielen Standorten sind selbst die Klassenräume überfüllt.
- Die Lehrkräfte sind mit der Vielfalt der Bedarfe überfordert - sie berichten von wachsendem Druck, Unterrichtsstörungen, Zeitmangel und Frustration.
- Leistungsstarke Kinder kommen zu kurz, während leistungsschwächere nicht ausreichend gefördert werden - alle verlieren.

Diese Überforderung führt zu einer spürbaren Qualitätsminderung des Unterrichts und belastet das gesamte Schulsystem. Viele Lehrkräfte und Eltern fordern daher, die bewährten Förderschulstrukturen zu erhalten - nicht als Widerspruch zur Inklusion, sondern als sinnvolle Ergänzung und notwendig flexibles Angebot. Echte Inklusion braucht Zeit, Ressourcen und tragfähige Strukturen - nicht politische Symbolentscheidungen zulasten der Kinder.

Besonders deutlich zeigt sich der Bedarf auf Rügen: Nach der Schließung der dortigen Förderschule existiert auf der gesamten Insel kein Förderzentrum mit dem Schwerpunkt „Lernen“ mehr. Der Kreistag Vorpommern-Rügen hat sich in der Vergangenheit mehrfach klar gegen diese Entwicklung ausgesprochen. Die Entscheidung wurde dennoch durch die Landesregierung gegen den erklärten Willen des Kreistags durchgesetzt.

Der Erhalt der bestehenden Förderschulen im Landkreis ist daher keine Frage der Ideologie, sondern der Verantwortung. Der Landkreis muss ein vielfältiges Bildungsangebot sichern - dazu gehört auch der Förderschulzweig als fachlich fundierter, geschützter Lernort für die Kinder, die dort am besten gefördert werden können. Die Landesregierung ist aufgefordert, ihren eingeschlagenen Kurs zu überdenken und den Landkreis in seinem Ziel zu unterstützen, jedes Kind bestmöglich zu fördern - dort, wo es am besten gelingt.

gez. Benjamin Heinke
Fraktionsvorsitzender
Fraktion CDU+

gez. Gerd Scharmberg
Fraktionsvorsitzender
Fraktion BfS/FDP/VR+